



Solidarität mit den Protesten der KollegInnen in Österreich!

„Initiative gegen die massiven Verschlechterungen für neu eingestellte Lehrerinnen und Lehrer in NRW“ (kurz: „Kölner INI“)
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln regelfall@web.de

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

von Mitgliedern der SLP („Sozialistische LinksPartei“) in Österreich haben wir erfahren, dass ihr am ersten Schultag nach den Sommerferien direkt einen ersten Protesttag organisiert habt. Das hat uns sehr beeindruckt!

Als wir lesen mussten, welch drastischen Angriffen ihr ausgesetzt seid, dass es u.a. auch um eine Arbeitszeiterhöhung von bis zu vier Unterrichtsstunden geht, haben wir zuerst nur gedacht: Wir sind nicht allein mit den Verschlechterungen in puncto Bezahlung und Arbeitsbedingungen, denen wir hier ausgesetzt sind.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen (NRW), dem Bundesland mit den meisten EinwohnerInnen und insgesamt rund 200.000 Lehrkräften, wurde kurz vor den Sommerferien beschlossen, die Finanzmittel für Vertretungsstellen zu halbieren! Damit will das Land NRW 25 Mio. Euro einsparen. Die verantwortliche Schulministerin spricht mittlerweile davon, dass Unterrichtsausfall in Kauf genommen werden müsse. Das ist der Offenbarungseid für die politischen EntscheidungsträgerInnen – und bedeutet für uns, unsere Arbeitsbelastung und somit für unsere SchülerInnen einen Angriff auf die Gesundheit und eine enorme Absenkung der Bildungsqualität.

Ähnliches passierte in Berlin, wo die KollegInnen aus Wut über eine erneute Arbeitszeiterhöhung und wegen der schlechten Bezahlung bereits in der dritten Schulwoche nach Ferienende in den Warnstreik getreten sind. Die GEW („Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“) hat dort 3.000 (von 9.000) LehrerInnen im Angestelltenverhältnis auf die Straße gebracht!

Verschärft wird die Situation durch die sogenannte Inklusion, die für uns mittlerweile nur noch ein Synonym für Kürzungen und Einsparungen ist, obwohl der Begriff ursprünglich etwas Positives beschreiben sollte. Das geht auf unsere Kosten – physisch, psychisch und finanziell. Für unsere SchülerInnen bedeutet es unter dem Strich verschlechterte Lehr- und Lernbedingungen.

Bei den LehramtsanwärterInnen/ReferendarInnen wurde die Ausbildungszeit unter Beibehaltung der Unterrichtsverpflichtung verkürzt. Das führte zu einem Einkommensverlust von rund 14 Prozent und bringt dem Land NRW eine jährliche „Ersparnis“ von 70 Mio. Euro!

Wir sind der Meinung, dass diese Beispiele, von denen wir exemplarisch nur vier aufgezählt haben, im Endeffekt allesamt auf die Idee von der „Schuldenbremse“ zurückzuführen sind. Der öffentliche Arbeitgeber versucht uns ständig weiszumachen, es sei kein Geld mehr da, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und müssten nun – das sei ja leicht einzusehen – den Gürtel enger schnallen.

Wir aber fragen uns: Wie kann es sein, dass immer und überall von der Priorität der Bildung gesprochen, gleichzeitig aber nur gekürzt, eingespart und gestrichen wird? Die Einkommen der Reichen und Super-Reichen steigen permanent. In Deutschland gilt mittlerweile die Formel: 600 zu 62. Damit ist gemeint, dass die 600 reichsten Familien heute ein Privatvermögen besitzen, dass dem Gesamtvermögen von 62 Millionen BundesbürgerInnen entspricht.

Hier müssen wir ansetzen! - Es sind nicht die LehrerInnen, die den Staat arm machen. Wir sorgen mit unserer täglichen Arbeit für die bestmögliche Ausbildung unserer SchülerInnen, die die Zukunft der Gesellschaft darstellen. Wer bei uns spart, zeigt, welches Ziel in Wirklichkeit verfolgt wird.

Wir sind solidarisch mit eurem Kampf gegen die Pläne der derzeitigen PolitikerInnen in Österreich!
Geld ist genug da – nur in den falschen Händen!